

ausgemacht, obwohl er seine Kandidatur noch nicht offiziell bekannt gegeben hat.

Zur Vorgeschichte: Der Exekutivrat der SVRM beendete am 9. Februar den Diskussionsprozess über die Gesetzesvorlage und reichte sie an den LegCo zur Überprüfung weiter. Am 12. Februar begann der LegCo mit der öffentlichen Diskussion und ließ eines seiner drei Arbeitskomitees öffentliche Meinungen sammeln. Dieses 2. Arbeitskomitee (*Di'er changwu weiyuanhui*) erhielt insgesamt 39 Vorschläge. Dies gab ein Mitglied des LegCo am 22. März bekannt. Die Papiere wurden dem LegCo aus den verschiedensten Kreisen wie Industrie und Handel, Wohlfahrt und Arbeiterorganisationen sowie von Einzelpersonen direkt oder via Internet übermittelt. Einigkeit herrschte darin, es bei der bestehenden Methode der indirekten Wahl des Regierungschefs zu belassen. Unterschiedliche Auffassungen gab es indes hinsichtlich des Maximums von elf Stimmzetteln, das für eine wahlberechtigte Vereinigung reserviert werden kann, der Qualifikation für eine wahlberechtigte Organisation und des Sammelns von Geldern für die Regierungschef-Kandidaten. Die Arbeitervereinigung machte z.B. den Vorschlag, die Zahl ihrer Stimmzettel von elf auf 40 zu erhöhen, und begründete dies mit ihrer hohen Repräsentanz. Schließlich gehöre der Großteil von Macaus Arbeitskräftepotenzial zu den Arbeitnehmern. Es blieb jedoch beim Maximum von elf Stimmzetteln für eine wahlberechtigte Organisation. Aus Protest gegen diese Entscheidung lehnte Antonio Ng Kuok-cheong, Präsident der Union der demokratischen Entwicklung von Macau, einen Sitz im Wahlkomitee ab: „Ich kann dieses System nicht akzeptieren.“

Am 20. Februar wurde die Gesetzesvorlage dann generell gebilligt und an das Arbeitskomitee zum Studium übergeben. Das Komitee traf sich zehnmal zwischen dem 20. Februar und 25. März und tauschte in der Zeit mit Regierungsvertretern Meinungen aus. Es erstellte schließlich ein Papier mit eigenen Vorstellungen über die Gesetzesvorlage, die dann dem LegCo zur Einzelabstimmung vorgelegt wurde.

Macaus Regierungschef wird in Einklang mit Macaus *Basic Law* von einem Wahlkomitee (*Xingzheng zhangguan xuanju weiyuanhui*) gewählt und von der Zentralregierung in Beijing ernannt. Das Gesetz enthält detaillierte Bestimmungen über die Zusammensetzung des Wahlkomitees, die Wahl der Kandidaten für das Amt des Regierungschefs und den Zeitplan für die Wahl. Größte Veränderung beim neuen Gesetz ist die Vergrößerung des Wahlkomitees um 50% von 200 im Jahr 1999 auf jetzt 300 Mitglieder. Nur Bürger mit ständigem Wohnsitz in Macau über 21 Jahre, die sich als wahlberechtigte Wähler registrieren lassen, können zu Mitgliedern des Wahlkomitees gewählt werden. In Macaus Wahlkomitee repräsentiert ein Mitglied 1.495 Bewohner. Es ist damit wesentlich repräsentativer als das Hongkongs, bei dem ein Mitglied auf 8.513 Bewohner kommt.

Das Komitee repräsentiert die vier Hauptsektoren der Gesellschaft in Macau. Der größte Sektor mit 100 Mitgliedern ist der Industrie-, Handels- und Finanzsektor. Der zweite Sektor mit 80 Mitgliedern repräsentiert die vier Unterbereiche Kultur (18), Bildung (20), Fachleute (30) und Sport (12). Der dritte Sektor ebenfalls mit 80 Mitgliedern umfasst die drei Unterbereiche Arbeit (40), Sozialdienste (34) und sechs Vertreter der Hauptreligionen Macaus: Katholizismus (2), Buddhismus (2), Protestantismus (1) und Daoismus (1). Der vierte Sektor umfasst die 12 Delegierten der SVRM beim NVK, 16 Vertreter des LegCo und 12 Vertreter der 27 Mitglieder Macaus in der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKCV). Außer dem vierten Sektor und den Vertretern der religiösen Organisationen, die die Wahlmethode für ihre Vertreter nach eigenem Belieben festlegen können, basiert die Wahl der anderen Komiteemitglieder auf Macaus traditionellem System indirekter Wahlen, bei denen Vertreter besonders registrierter Gemeinde-, Arbeits- und Geschäftsvereinigungen involviert sind. In Macau gibt es etwa 2.000 solcher legalen Vereinigungen und Organisationen, davon 500 wahlberechtigte Gesellschaften.

Ein Kandidat für das Amt des Regierungschefs muss von mindestens 50 Mitgliedern des Wahlkomitees nomi-

niert werden. Er muss ein chinesischer Bürger mit ständigem Wohnsitz in Macau und über 40 Jahre alt sein. Als Kontrollorgan bei den Wahlen wird eine „Verwaltungskommission für die Wahl des Regierungschefs“ (*Xingzheng zhangguan xuanju guanli weiyuanhui*) eingesetzt.

Die Wahl der Mitglieder des Wahlkomitees ist auf den 27. Juni festgesetzt. Ende August wird die Wahl des nächsten Regierungschefs eingeleitet. Seine Wahl muss spätestens 60 Tage vor Ablauf der Amtszeit des amtierenden Regierungschefs am 19. Dezember erfolgen. (XNA, 22., 31.3., 1., 2., 6., 13.4.04; Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 1.4.04; *The Standard* web site, Hongkong, 10.4.04, nach BBC PF, 11.4.04; SCMP, 19.4.04; das Wahlgesetz [„Gesetz zur Wahl des Regierungschefs“, Gesetz Nr.3/2004] und die entsprechenden Dokumente und Papiere finden sich unter: www.al.gov.mo/lei/leis/2004/03-2004/cn.htm, Aufruf am 16.4.04) -ljk-

Taiwan

31 Diplomatische Beziehungen mit Dominica abgebrochen

Am 29. März (Ortszeit) verkündete der karibische Kleinstaat Dominica (70.000 Einwohner), dass er statt der „Republik China auf Taiwan“ nunmehr die Volksrepublik China anerkenne. Damit verliert Taiwan nach Mazedonien, Nauru und Liberia den vierten Verbündeten in vier Jahren. Die Beziehungen zwischen Taiwan und Dominica hatten seit 1983 bestanden.

Hintergrund des Schrittes ist ein Wechsel an der Regierungsspitze von Dominica. Nachdem Premierminister Roosevelt Skerritt dort am 8. Januar an die Macht gekommen war, hatte er von Taiwan eine Finanzhilfe in Höhe von 58 Mio. US\$ verlangt. Taiwan hatte dies als überzogen abgelehnt; Skerritt hatte daraufhin mehrfach gedroht, sich an China zu wenden. Da sich Taiwan nicht darauf einlassen wollte, derart gegen China ausgespielt zu werden, und darauf be-

stand, die Finanzhilfe auf einen realistischen Betrag herunterzuhandeln, machte Skerritt schließlich seine Drohung wahr und unterzeichnete am 23. März bei einem geheim gehaltenen Besuch in Beijing ein Kommuniké über die gegenseitige Anerkennung. China zahlte dafür einen erklecklichen Preis, jedenfalls wenn man Skerritt glaubt: Die 117,5 Mio. US\$ an chinesischer Finanzhilfe machen pro Kopf der Empfängernation immerhin fast 1.680 US\$ aus. Die von Taiwan bisher finanzierten Hilfsprojekte waren deutlich kleiner im Umfang gewesen. Nach dem Abbruch der Beziehungen forderte Taiwan gewährte Darlehen in Höhe von über 1 Mio. US\$ zurück und zog ein fünf Personen starkes technisches Hilfsteam von der Insel ab. (Caribbean Media Corporation news agency, nach BBC EF, 29.3.04; CNAT, nach BBC EF, 30.3.04; TT, 31.3.04; Taiwan News, nach TH, 31.3.04)

Der von Beijing zugesagte Betrag ergibt nur einen Sinn, wenn man ihn als Kaufpreis für die Anerkennung versteht, denn der Kleinstaat ist für das große China wirtschaftlich und strategisch ohne Bedeutung. Ziel ist, Taiwan diplomatisch immer stärker zu isolieren. Angesichts der stetig und rasch wachsenden Bedeutung und Finanzkraft Chinas ist damit zu rechnen, dass dessen Abwerbepolitik zu Lasten Taiwans in Zukunft weitere Erfolge zeitigen wird. Da die Regierung Chen Shui-bian nicht mehr so freigiebig ist, wie dies unter Präsident Lee Teng-hui der Fall war, und Scheckbuchdiplomatie nicht im Wettlauf mit Beijing betreiben will, hat Taiwan dem drohenden Verlust seiner Verbündeten wenig entgegensetzen. -hws-

32 Rücktrittsgesuch des Verteidigungsministers

Nur zwei Tage nach der Präsidentschaftswahl reichte Verteidigungsminister Tang Yao-ming am 22. März seinen Rücktritt ein. Als Gründe ließ er durch einen Sprecher eine Augenkrankheit und sein Alter angeben – Tang ist allerdings erst 65 und daher noch keinesfalls ein Greis. Dass politische Motive hinter dem Schritt stünden, wurde ausdrücklich bestritten, vielfach aber nicht geglaubt. Tang, selbst Soldat, machte seine militä-

rische Karriere noch unter dem alten Kuomintang-(KMT-)Regime; seine politischen Loyalitäten liegen daher eher bei der Opposition als bei der Regierung, auch wenn er der KMT nicht mehr angehört. Die Probleme mit den Augen sind allerdings nicht vorgeschoben, denn als Tangs Rücktrittsgesuch bekannt wurde, unterzog er sich gerade einer Augenoperation.

Für die Regierung kam der Schritt nicht überraschend, denn Tang hatte schon früher eine gewisse Amtsmüdigkeit erkennen lassen und dem Ministerpräsidenten bereits vor der Wahl angekündigt, dass er seinen Posten niederlegen wolle. In dem Trubel nach der von der Opposition nicht als gültig anerkannten Präsidentschaftswahl kam der Regierung Tangs Ausscheiden allerdings denkbar ungelegen, da es den Eindruck erweckte, Tang unterstütze womöglich die Klage der Opposition, bei der Wahl sei manipuliert worden. Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) bemühte sich daher umgehend, Tang dazu zu bewegen, mindestens noch bis zum Ende der jetzigen Amtsperiode, die bis zum 19. Mai geht, zu bleiben. Tatsächlich ließ sich Tang überreden, sein Rücktrittsgesuch zurückzunehmen, erklärte aber, er stehe nach der anstehenden Regierungsneubildung definitiv nicht mehr zur Verfügung.

Tang hatte seit seinem Amtsantritt stets großen Wert auf die politische Neutralität der Streitkräfte gelegt und sich stets loyal verhalten. Da seine Rücktrittsabsicht bereits vor der Wahl angekündigt war, kann sein Schritt kaum als Reaktion auf das Wahlergebnis oder gar die Wahlumstände gelten. Sehr wohl darf man ihn als Zeichen dafür werten, dass das eher konservative Militär, in dem die Biografien der Befehlshaber gewöhnlich mit der KMT verwoben sind, die Wiederwahl Chens mit Missvergnügen sieht. Dem Gegenkandidaten Lien Chan (Lian Zhan) hätte man eher zugetraut, was Präsident Chen nicht schaffte: einen neuen Dialog mit China zustande zu bringen, dadurch für eine Entspannung der militärischen Konfrontation zu sorgen und somit Taiwans Streitkräfte zu entlasten. (TT, 23.3.04; ST, 23.3., 26.3.04) -hws-

33 Parteispendinggesetz verabschiedet

Zwei Tage vor der Präsidentschaftswahl verabschiedete der Legislativ-Yuan, Taiwans Parlament, ein Parteispendinggesetz. Demzufolge ist die Annahme von Spenden in Zukunft an strenge Bedingungen geknüpft. So dürfen Spenden nur im Vorfeld von Wahlen erfolgen, das heißt, dass ein Präsident maximal zwölf Monate vorher Wahlkampfspenden entgegennehmen darf. Bei einem Parlamentarier beträgt die Frist zehn Monate, bei Bürgermeister, Stadträten usw. acht Monate. Oberhalb eines geringen Mindestbetrags darf die Spende nur unbar auf besonders dafür ausgewiesene Konten erfolgen. Auch begrenzt das Gesetz die Höhe der einzelnen Spenden bzw. die Summe der Spenden an einen Kandidaten vor jeweils einer Wahl. Für Firmen liegt diese Grenze bei 3 Mio. NT\$ (ca. 80.000 Euro) an einen Empfänger bzw. bei einer Summe von 6 Mio. NT\$ an mehrere Empfänger, für Privatspender bei einem Zehntel davon. Anonyme Spenden dürfen 10.000 NT\$ (ca. 260 Euro) nicht überschreiten und gemeinsam nicht mehr als ein Zehntel der Spendensumme betragen, über die eine Partei bzw. ein Kandidat bei einem Wahlkampf verfügt.

Das Gesetz wurde zwar mit den Stimmen der Opposition verabschiedet, ist aber vor allem ein Erfolg der Regierung, hier vor allem des angesehenen Justizministers Chen Ding-nan. Ein entscheidender Faktor war die unmittelbar bevorstehende Wahl, bei der sich keine Partei eine moralische Blöße geben wollte. Dem Druck, sich allgemein verbindlichen, strengeren Normen zu unterwerfen, hatte sich die KMT, die am meisten von dem Gesetz betroffen ist, zwar zu widersetzen versucht, sich ihm aber im Hinblick auf ihr Ansehen in der Wählerschaft letztlich doch gebeugt. Vor allem betraf dies eine Bestimmung, derzufolge die Spendenbeschränkungen auch für solche Firmen gelten, die einer Partei selbst gehören – die KMT als einstige Staatspartei verfügt nach wie vor über ein ganzes Firmenimperium, alle anderen Parteien können sich mit der KMT in dem Punkt nicht entfernen messen.

Das Parteispendinggesetz wird daher in Zukunft für mehr Chancengleichheit sorgen. Die Regierung konnte die Verabschiedung des Gesetzes zu recht als Sieg in ihrem Kampf für größere politische Transparenz und für eine Beseitigung des aus der KMT-Ära überkommenen politischen Filzes werten, auch wenn einige schärfere Regelungen, die ihr Gesetzesentwurf vorgesehen hatte, von der Opposition abgelehnt wurden. (CNAT, nach BBC PF, 19.3.04; TT, 19.3.04; *Taiwan Journal*, vol. 21/13, 2.4.04, S.1) -hws-

34 Internationaler Flughafen von Taichung nimmt Betrieb auf – oder doch nicht?

Am 5. März konnte die mitteltaiwanische Metropole Taichung (Taichong) feiern: Dort wurde mit zwei Charterflügen nach Übersee der dritte internationale Flughafen des Landes eingeweiht. Präsident Chen Shuibian höchstselbst war erschienen und zerschnitt das zeremonielle Band.

Der neue Qingquangang-Flughafen, der den bisherigen Inlandsflughafen Shuinan ersetzen soll, ist aus einem Militärflughafen hervorgegangen, wird bis auf weiteres vom Militär mit genutzt und voraussichtlich noch auf Jahre nicht zu einem internationalen Flughafen taugen. Nach Angaben des Chefs der Zivilluftfahrtbehörde Billy Chang (Zhang Guozheng) ist mit internationalem Linienverkehr hier frühestens für das Jahr 2008 zu rechnen. Aber auch für bescheidenen Charterflugverkehr ist der Platz bislang kaum tauglich, denn zivile und militärische Maschinen teilen sich nur eine Start- und Landebahn, die so kurz ist, dass größere Maschinen auf ihr nicht landen können. Das galt auch für die Charterflieger des Einweihungstages, wenn sie den Rückflug antreten: Mit Passagieren und Gepäck beladen, müssen sie in Taibei oder Kaohsiung landen, von wo Busse die Fluggäste heimwärts fahren. Damit wird der Flughafen zunächst weiterhin praktisch nur dem Inlandsverkehr offen stehen, denn mehr als diese zwei internationalen Starts pro Woche wird es vorerst nicht geben.

Bei der weit vorgezogenen Einweihung – mit dem Umbau zum Zivillughafen war erst ein halbes Jahr zuvor begon-

nen worden – handelte es sich tatsächlich um eine Wahlkampfaktion. Die Presse berichtete darüber denn auch vielfach mit unverhohlener Häme. Den Bürgern von Mitteltaiwan scheint aber zumindest die Aussicht auf kürzere Reisewege ins Ausland gefallen zu haben, denn hier erzielte der Präsident zwei Wochen später die größten und wahlentscheidenden Stimmengewinne. (TT, 5.3.04; *Zhongshi Wanbao*, 6.3.04, nach <http://ec.chinatimes.com>; Taiwan News, nach TH, 5.3.04; CNAT, nach BBC EF, 5.3.04) -hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.